

Zunächst lasse ich abstimmen über Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/621 - ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über Nr. 2 der Beschlussempfehlung. Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen will und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe 584 für erledigt erklären möchte, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Auch das ist mehrheitlich so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Zweite Beratung:

Energiewirtschaft muss auf Effizienz setzen: Klimakiller Kohlekraftwerke in Niedersachsen stoppen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/54 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/883

Die Beschlussempfehlung lautet auf Ablehnung.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen damit zur Beratung. Zunächst hat sich Herr Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, den wir im Ausschuss bereits beraten haben. Wir haben dazu die dena und das UBA eingeladen, mit denen wir die im Antrag aufgeworfenen Fragen umfangreich diskutiert haben.

Der Antrag hat insbesondere drei Punkte zum Ziel. Erstens. Wir wollen eine hohe Effizienz bei neuen Kraftwerken erreichen. Zweitens. Wir wollen keine Subventionen für ineffiziente Kraftwerke. Drittens. Wir wollen, dass die externen Kosten von Kraftwerken auf den Verursacher umgelegt werden.

Im Ausschuss haben wir auch einen Kompromiss in Bezug auf die Höhe der vorgeschriebenen Effizienzwerte oder Wirkungsgrade angeboten. Das

hat aber nicht dazu geführt, dass sich die Mehrheit hier im Hause darauf eingelassen hat, dem Antrag zuzustimmen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Aus gutem Grund!)

Zwischenzeitlich hat die Koalition ein Klimapapier vorgelegt, das einige durchaus interessante Aspekte enthält. Es enthält aber auch eine ganze Reihe von Leerstellen. Vor allem besteht im Kern ein fundamentaler Dissens gegenüber unserer Auffassung. Sie vertrauen allein auf den Emissionshandel. Sie sagen, es sei egal, wie viele Kohlekraftwerke man hier oben an der Küste baut, am Ende würde der Emissionshandel das schon regeln. - Sie ignorieren dabei die externen Kosten - mal ganz abgesehen von der Tatsache, dass der Emissionshandel bisher nur in Ansätzen funktioniert, dass viele Ausnahmen vorgesehen sind - dafür hat auch Herr Wulff mit gesorgt -, dass eine ganze Reihe von Sektoren überhaupt nicht einbezogen ist und darüber hinaus - und das wäre ganz wichtig, wenn man irgendwann einmal zu einem funktionierenden Emissionshandel kommen will - eine ganze Reihe wichtiger Länder außen vor ist. Blind bleibt der Emissionshandel auch gegenüber den externen Kosten von Großkraftwerken, egal ob Kohle oder Atom.

Meine Damen und Herren, wenn wir das ignorieren, dann werden wir am Ende scheitern. Atomkraftwerke produzieren in der Ökobilanz deutlich mehr CO₂ als moderne Kombikraftwerke mit einem Input von erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. Die externen Kosten der Nutzung von Atomkraft sind gewaltig. Auch sie bleiben außen vor. Kohlekraftwerke haben deutlich höhere CO₂-Emissionen; diesen Makel werden sie auch mit der neuen CCS-Technologie nicht los. Im Gegenteil: Der Wirkungsgrad sinkt auch noch erheblich.

Jetzt hat der UN-Weltklimarat neue beunruhigende Zahlen vorgelegt: In diesem Jahrzehnt sind die CO₂-Werte dreimal so schnell gestiegen wie im letzten Jahrzehnt. Gleichzeitig spüren wir im Moment die Folgen einer Wirtschaftspolitik, die nicht nachhaltig war. Im Kern erleben wir die Folgen der fehlenden Regulierung der Märkte und der Abhängigkeit von den fossilen Energien. Diese Ölkrise - und ich spreche ganz bewusst von einer dritten Ölkrise - erfasst insbesondere die Autoindustrie

(Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

und die Bereiche, die davon besonders abhängig sind. Klimakrise und Finanzkrise sind zwei Seiten einer Medaille. Sie erfordern konsequentes Handeln. In unserem Beschluss zu einem Green New Deal haben wir Handlungsoptionen zusammengefasst, die man jetzt konsequent angehen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Antrag ist ein wichtiger Teil auf diesem Weg. Ich würde mich freuen, wenn er die Zustimmung dieses Hauses finden würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Die nächste Rednerin ist Frau Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wenzel, all das, was Sie eben vorgetragen haben, steht leider nicht in Ihrem Antrag.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Doch!)

Ich glaube, es steht so noch nicht einmal im neuen Klimaschutzbericht. Das, was Sie gerade gesagt haben, zielt, glaube ich, ganz haarscharf am Antrag vorbei.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Es sind drei Ziele! Die stehen alle im Antrag!)

Ein Ziel des Antrags ist z. B.: keine Subventionen für Kohlekraftwerke. Ich kenne kein einziges Kohlekraftwerk, das Subventionen bekommt. Da wären wir relativ schnell fertig mit der Diskussion.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie wollen auch aus Einnahmen aus dem Emissionshandel sogar noch Kohlekraftwerke subventionieren!)

- Herr Wenzel, ich spreche für die SPD. Für uns ist der Ausstieg aus der Kernenergie nicht verhandelbar. Das ist unser oberstes Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist das keine - wie es in Ihrem neuen Klimaschutzpapier steht - moderne, sogenannte Brückentechnologie, meine Damen und Herren von CDU und FDP. Es ist und bleibt eine hoch gefährliche, im Zweifel eine lebensbedrohliche Technologie. Mit uns wird es auch keine Laufzeitverlängerung für alte Kernkraftwerke geben,

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

auch nicht, wenn Sie immer wieder die angeblichen Vorteile beschwören.

(Christian Dürr [FDP]: Also: Emmerich-Kopatsch für den Neubau!)

- Nein. Herr Dürr, die Probleme in der Asse zeigen doch auch Ihnen täglich, wie unbeherrschbar die atomare Endlagerung ist. Ein sicheres Bundesendlager ist nirgendwo in Sicht. Wir haben vor allem auch Zweifel an der Sicherheit des Lagers Gorleben. Auch wenn Sie von CDU und FDP immer noch an der Nutzung der Kernkraft festhalten, müssen Sie doch feststellen, dass die schöngezeichneten Zahlen, die Sie uns regelmäßig weismachen wollen, reine Augenwischerei sind.

(Zustimmung von Rolf Meyer [SPD])

Allein die Kosten für die Sanierung der Asse werden bereits heute auf über 2 Milliarden Euro geschätzt, die der Steuerzahler tragen muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die SPD möchte auf Dauer sichere und bezahlbare Energie für die Bürger und die Industrie in Niedersachsen erreichen, und das unter Berücksichtigung aller Klimaschutzziele. Dafür brauchen wir einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema Energieerzeugung und Energieverbrauch. Leider wird es nicht möglich sein, in ganz kurzer Zeit allein mit erneuerbaren Energien vollständig auszukommen. Selbst wenn man bis 2020 z. B. 50 % der Energie aus Wasser, Sonne, Wind oder Geothermie darstellen könnte, so fehlte immer noch ein erheblicher Teil. Wie wir es auch drehen und wenden: Für einen absehbaren Zeitraum werden wir um konventionelle Energieerzeugung nicht herunkommen. Man darf den Menschen auch nichts vormachen. Das aber werfe ich den Grünen vor. Grundlastfähige bezahlbare Energie und Versorgungssicherheit - das alles geht nicht, wenn man sich gegen alles wendet.

Wir wollen keine Kernkraft. Da Niedersachsen aber zurzeit noch einen hohen Anteil seines Primärverbrauchs aus der Nutzung der Kernenergie bezieht, müssen wir schnell und vor allem richtig umsteuern. Dazu brauchen wir den Einsatz neuer Technologien und einen weit greifenden Energiestrukturwandel. Wir wollen die Effizienz der Energieerzeugung und die Effizienz der Nutzung und eine erhebliche Verringerung klimaschädigender Gase sowie der Schadstoffe. Herr Wenzel, auf all

diese Forderungen gibt Ihr Antrag keine Antworten.

Ihr Antrag gegen die Kohlekraftwerke stammt noch aus einer Zeit, als Sie den Hamburger Bündnis-Grünen wegen des Kraftwerks Moorburg unter die Arme greifen wollten. Er ist sozusagen nicht mehr als ein grüner PR-Gag.

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

Aber das Thema Moorburg ist ja weitestgehend erledigt. Wie wir sehen, geht Grün in Hamburg auch mit Kohlekraftwerken.

(Christian Dürr [FDP]: Die zuständige Senatorin genehmigt sogar Kohlekraftwerke!)

Um mitzuregieren, springen Grüne schon einmal über den einen oder anderen Schatten oder die eine oder andere Kohlehalde.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Das nennen wir Pragmatismus der ganz besonderen Art. Andere würden vielleicht sogar Heuchelei dazu sagen.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Heucheln tun schon die Sozialdemokraten!)

Aber nun ganz im Ernst, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Auch die SPD-Landtagsfraktion macht sich dieses Thema nicht leicht. Auch bei uns gibt es Zweifel, ob Kohlekraftwerke wirklich die richtige Antwort sind. Aber einen so populistischen Antrag wie den hier vorliegenden können wir beim besten Willen nicht mittragen.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Der Antrag verwechselt Wirkungsgrade - im Zweifel könnte man davon ausgehen, dass der Autor nicht genau weiß, was das ist - und unterschlägt den CO₂-begrenzenden Emissionshandel komplett.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Dass damit auch die Kohlekraft eingegrenzt wird, wird vollkommen unterschlagen. Was aber noch viel schlimmer ist: Er sagt nichts dazu, wie die notwendigen Energiemengen erzeugt werden sollen, die u. a. dafür benötigt würden, um den Stahl für die Windräder oder die Glasschmelze für die Solarzellen zu erzeugen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]:
Sehr richtig!)

Daher gilt es für uns, den Kraftwerkspark in Niedersachsen zeitnah zu erneuern; denn alte Kohlekraftwerke sind die wahren Klimaschädlinge. Würde man diese ersetzen, hätte man nicht nur bessere Wirkungsgrade, sondern man hätte auch sehr viel für den Klimaschutz erreicht.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Meine Damen und Herren, die Stromversorgung der Zukunft wird auch von einigen zentralen, aber hocheffizienten Gas- und Kohlekraftwerken geprägt sein. Für uns ist aber nur Alt gegen Neu vorstellbar. Alt gegen Neu heißt zwingend das Abschalten der alten Kohlekraftwerke. Zudem fordern wir deren Neuzulassung nur mit Kraft-Wärme-Kopplung und nur an den Standorten, an denen es strom- und wärmeseitig Abnehmer gibt.

Das heißt, auch die anderen Bundesländer müssen in die Pflicht genommen werden. Wenn sich, wie es sich abzeichnet, tatsächlich zehn Großkraftwerke in der Republik als notwendig erweisen, gibt es keinen Grund, warum die meisten davon hier bei uns stehen sollten. Daher unterstützen wir die Pläne der Landesregierung nicht, die gesamte Küste mit Kohlekraftwerken zuzubauen.

(Kurt Herzog [LINKE]: Und die Heide!)

Wir teilen auch nicht ihre Auffassung, dass der Weitertransport von Kohle, die bereits den weiten Weg von Australien hinter sich hat, nach NRW oder Bayern zu teuer wäre.

Meine Damen und Herren, wir sind für das schnelle Repowering der Windkraftanlagen, eine Vielzahl kleiner Anlagen der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung. Sie alle erfordern aber eine andere Ausrichtung des gesamten Systems. Ja, sie erfordern geradezu eine Revolution des Energiesystems. Wir brauchen neue Lastmanagements. Hier liegt ein besonders großes Potenzial. Aber wir brauchen auch ein ganz neues Netz. Da haben wir die Probleme, die wir regelmäßig besprechen müssen. Wir brauchen auch ein hohes Maß an Forschungsanstrengungen, die in Niedersachsen noch immer viel zu wenig beachtet werden. Die einzigen Projekte der Energiespeicherung werden derzeit vom Bund finanziert.

Meine Damen und Herren, wenn wir es mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann müssen wir jetzt beginnen - intelligent, ausgewogen und vor allem

gerecht über die Republik verteilt. Mit dem Antrag der Grünen kommen wir dabei nicht ein bisschen weiter. Daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Nun hat sich Herr Bäumer von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte, Herr Bäumer!

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der ersten Beratung dieses Antrages in der Plenarsitzung am 10. April 2008 habe ich gesagt:

„Wer am Atomausstieg festhält, wer die Nahrungsmittelversorgung in Niedersachsen nicht gefährden will, wer sich nicht in die Abhängigkeit von russischem Erdgas begeben will, wer die Umwelt in Südamerika oder Asien nicht gefährden will und wer einen Puffer für Leistungsschwankungen bei Windkraft und Sonnenenergie behalten will, der kommt am Bau neuer konventioneller Kohlekraftwerke nicht vorbei.“

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Damals haben hier in diesem Hause einige von Ihnen noch gelächelt. Nur acht Monate später ist dieses Lächeln eiskalt erstarrt.

(Kurt Herzog [LINKE]: Was?)

Denn die Erklärung Russlands, kein Gas mehr nach Europa zu schicken, hat in sehr kurzer Zeit deutlich gemacht, wie sehr wir von russischem Erdgas abhängig sind.

(Kurt Herzog [LINKE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Ich hätte nicht erleben wollen, was uns die Bürgerinnen und Bürger hier in Niedersachsen in dem Moment gesagt hätten, wenn in diesem sehr kalten Winter das Gas ausgeblieben, die Wohnungen kalt geworden und der Strom ausgefallen wäre.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr richtig!)

Nun höre ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige von Ihnen schon sagen: Der Bäu-

mer malt aber ganz schön schwarz, so schlimm wäre es doch garantiert nicht gekommen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie schüren die Ängste der Menschen!)

Ich fand schon sehr bemerkenswert, wie sich in den Tagen um den Jahreswechsel herum die Alternative Erdgas aus Norwegen in kurzer Zeit erledigt hatte, weil die Norweger im Winter immer schon am Limit fördern, und dass die Reserven in den Erdgasspeichern Deutschlands gar nicht so groß waren, wie man das vorher angenommen hatte.

(Kurt Herzog [LINKE]: Pure Angstschürerei!)

Mir hat das eines gezeigt: Eine vorausschauende Politik, wie sie CDU und FDP in Niedersachsen machen, darf niemals zulassen, dass wir sehenden Auges in eine Situation kommen, in der wir nicht mehr in der Lage sind, den Bedarf an Strom und Wärme in diesem Land zu decken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb stehen wir für einen bezahlbaren, versorgungssicheren und umweltgerechten Energiemix. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen verlassen.

Bis zum Jahre 2030 - das hat die IHK Nord schon vor einem Jahr veröffentlicht - werden fast alle Kraftwerke in Niedersachsen vom Netz gehen. Dabei handelt es sich um eine installierte Kraftwerksleistung von mehr als 17 000 Megawatt. Dem stehen Pläne für den Bau von 25 neuen Kraftwerken gegenüber, die mit Erdgas, Wind und Steinkohle betrieben werden sollen. Allein die Planungen für die Offshorewindenergie sehen nach Angaben der IHK vor, dass eine Leistung von 3 220 Megawatt gebaut werden soll. Diese Windparks sollen in den kommenden drei Jahren fertig gestellt sein. Ich hoffe, dass das auch so passiert. Wir werden damit trotzdem nur 20 % der bis zum Jahre 2030 vom Netz gehenden Leistung ersetzen. Die anderen 80 %, meine sehr geehrten Damen und Herren, brauchen Erdgas oder Kohle als Energieträger - oder aber Kernenergie. Aber da hat Rot-Grün ja einen Beschluss gefasst, dem andere Staaten auf dieser Erde merkwürdigerweise nicht gefolgt sind. Im Gegenteil: Selbst die Schweden, die vor über 30 Jahren aus der Kernenergie ausgestiegen sind, denken momentan über den Bau neuer Kernkraftwerke nach.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Lernen Sie denn nie dazu? - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sonst wollen Sie doch nie von Schweden lernen!)

Dabei muss es gar nicht der Bau neuer Kernkraftwerke sein, meine verehrte Kollegin Frau Staudte. Es wäre schon sehr hilfreich, wenn wir einmal unangefangene darüber nachdenken könnten, die ursprünglichen Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke wieder zu aktivieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Bäumer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herzog?

Martin Bäumer (CDU):

Nein, er kann gleich selber noch reden.

(Kurt Herzog [LINKE]: Schade!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich spreche ganz bewusst nicht von einer Laufzeitverlängerung, weil das sachlich falsch wäre. Niemand will Laufzeiten verlängern. Es geht nur darum, die ursprünglich geplanten Laufzeiten zu nutzen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Es werden neue gefordert!)

An dieser Diskussion, meine sehr geehrten Damen und Herren und auch Frau Flauger, werden wir nicht vorbeikommen; das garantiere ich Ihnen. Natürlich werden wir vorher alle anderen Möglichkeiten der Verbesserung der Effizienz nutzen. Aber der Stromverbrauch wird sich nicht unendlich senken lassen. Dafür werden in Zukunft sehr viele Geräte elektronischer Art sorgen, die wir heute noch gar nicht kennen.

In der Anhörung, die wir mit der dena und dem UBA im Dezember 2008 durchgeführt haben, ist deutlich darauf hingewiesen worden, dass die neuen flachen Fernsehbildschirme einen wesentlich höheren Stromverbrauch haben als die älteren Geräte. Wenn die EU-Kommission ihre Vorstellungen zur Glühbirne konsequent auf andere Bereiche übertragen würde, dann müsste sie die neuen flachen Fernsehbildschirme wegen des Energieverbrauchs eigentlich verbieten. Dies zeigt mir übrigens, wie willkürlich das Verbot von Glühbirnen ist. Aber das ist ein anderes Thema, über das wir in Zukunft noch sprechen werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich war Herrn Kohler von der dena sehr dankbar dafür, wie deutlich er uns gezeigt hat, dass zur Deckung der Jahreshöchstlast der Stromnachfrage im Jahr 2020 der Neubau fossiler Kraftwerke am Standort Deutschland erforderlich ist, weil wir nur damit die Effizienzlücke infolge des Weiterbetriebs alter ineffizienter Kraftwerke mit hohen CO₂-Emissionen vermeiden und weil wir nur damit verhindern, dass die Strompreise weiter ansteigen, weil das Stromangebot verknappt wird. Dies müssen wir tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, um den Standort Deutschland nicht zu gefährden.

(Beifall bei der CDU)

Ich war sehr erstaunt darüber, mit welcher wenigen Argumenten die gerade von Ihnen, Herr Wenzel, als Kronzeuge für Ihre Forderungen angeführte Studie des UBA zu zerlegen war. Ich möchte nicht erleben, dass sich die düftigen Annahmen des UBA eines Tages als falsch erweisen und dass wir dann mit leeren Händen dastehen. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist uns nicht geholfen.

Selbstverständlich - bevor sich nachfolgende Redner aufregen - mache ich hier eines deutlich klar: Die CDU in Niedersachsen steht auch in Zukunft für den Ausbau regenerativer Energien. Niedersachsen strebt bis 2020 einen Versorgungsgrad von 25 % aus erneuerbaren Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch an. Das ist ehrgeizig. Aber Windenergie, Solarenergie, Biomasse oder Geothermie werden uns dabei helfen.

Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird auch im Jahr 2020 die Sonne in der Nacht nicht scheinen, und der Wind wird nicht ständig wehen. Als Regelkraftwerke für regenerative Energien und als Reservekraftwerke für regenerative Energien brauchen wir deshalb moderne konventionelle fossile Kraftwerke.

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnen wir ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Adler von der Fraktion DIE LINKE gemeldet. Bitte, Herr Adler!

(David McAllister [CDU]: Wie macht das denn Weißrussland?)

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen der Kurzintervention nur auf einen Aspekt Ihrer Rede eingehen. Sie haben ja ein bisschen Panik gemacht, was die Belieferung mit russischem Erdgas betrifft. Vor diesem Hintergrund haben Sie Angst geschürt, um auf diese Weise eine Akzeptanz für weitere Kohlekraftwerke oder sogar noch weitere Kernkraftwerke zu erzeugen.

Tatsache ist: Die Lieferung russischen Erdgases durch Gazprom für Westeuropa war nie infrage gestellt. Es hatte lediglich Probleme zwischen Russland und der Ukraine gegeben, weil die Ukraine nicht den üblichen Weltmarktpreis an Russland zahlen wollte und weil die Ukraine

(Zurufe von der CDU)

- hören Sie genau zu! - illegal etwas für sich abgezweigt hatte. Man kann das auch Diebstahl nennen.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Woher haben Sie diese Informationen? Aus dem ZK?)

Inzwischen sind diese Probleme zwischen Russland und der Ukraine gelöst worden. Deshalb besteht überhaupt gar kein Grund, hier auf Panik zu machen und auf diese Weise eine zusätzliche Argumentation für die Akzeptanz von Kohlekraftwerken herbeizureden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Schöne Grüße nach Moskau! - David McAllister [CDU]: Ab in den Obersten Sowjet!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, man mag ja zu den Ausführungen des Redners stehen, wie man will. Wir hatten uns aber vorgenommen, dass wir diese Zwischenrufe vermeiden möchten. Dies gilt für alle Fraktionen.

Herr Bäumer, möchten Sie antworten? - Bitte!

Martin Bäumer (CDU):

Herr Kollege Adler, ich gewinne ja heute Nachmittag ganz neue Erkenntnisse. Ich habe bislang geglaubt, Gazprom würde nur Schalke unterstützen. Aber ich habe vorhin etwas ganz anderes gelernt.

(Marianne König [LINKE]: Was soll ich jetzt davon halten? - Hans-Henning Adler [LINKE]: Ich bin Werder-Fan! Tut mir leid!)

Herr Kollege Adler, wenn Sie mir das, was Sie mir vorhin vorgeworfen haben, im April gesagt hätten und wenn Sie damals gesagt hätten „Herr Bäumer, Sie schüren Angst, dass aus Russland kein Gas mehr kommt“, dann hätten Sie das machen können. Aber wenn Sie nach dem, was wir zum Jahreswechsel erlebt haben, und nach dem, was wir alle miterleben konnten, noch immer die Augen verschließen, dann sind Sie sowohl links als auch rechts ziemlich blind!

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Aber wenn wir über die Asse reden, dann werfen Sie uns vor, wir würden Ängste schüren! - Gegenruf von Dr. Bernd Althusmann [CDU]: Das stimmt ja auch!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es gibt eine weitere Wortmeldung.

(Unruhe)

- Wenn Sie dazu bereit sind, dann würde ich jetzt Herrn Dürr von der FDP-Fraktion aufrufen. - Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wenzel, ich habe von Ihnen nicht viel anderes erwartet. Frau Emmerich-Kopatsch, Ihre Rede war in weiten Teilen durchaus von Realismus geprägt.

(Dr. Bernd Althusmann [CDU]: In weiten Teilen!)

Es geht darum, dass wir in Deutschland tatsächlich einen alten Kraftwerkspark haben. Jetzt geht es darum, die alten Kohlekraftwerke mit einem sehr geringen Wirkungsgrad schnell und zügig durch neue, moderne Kohlekraftwerke zu ersetzen. Dabei geht es im Übrigen nicht nur um das Thema Klimaschutz - das Ganze wird ja oft nur mit einem Auge betrachtet -, sondern es geht auch um das Thema Ressourcenschonung, insbesondere weil hier von Steinkohle geredet wird.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Herzog?

Christian Dürr (FDP):

Sehr gerne.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Bitte, Herr Herzog!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Kollege Dürr, ich habe angenommen, dass Sie sich als umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion durchaus mit den Laufzeiten von Kohlekraftwerken beschäftigen. Dann wird Ihnen sicherlich nicht entgangen sein, dass die Kohlekraftwerke in Niedersachsen - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen dann aber auch bitte fragen!

Kurt Herzog (LINKE):

- ja - - - Laufzeiten bis 2025 und 2030 haben und dass die neuen aber wesentlich früher ans Netz gehen sollen. Nun sagen Sie mir einmal, wie sich das mit Ihrer Aussage „Wir ersetzen die alten“ verträgt!

Christian Dürr (FDP):

Ich habe vorhin versucht, deutlich zu machen - das war der Satz, bei dem ich unterbrochen worden bin -, dass die alten Kohlekraftwerke einen geringen Wirkungsgrad haben und dass die neuen, die modernen Kohlekraftwerke einen höheren Wirkungsgrad haben. Das ist besser für die Umwelt und für die Ressourcenschonung. Das ist eigentlich relativ einfache Mathematik. Herr Kollege Herzog, ich behaupte, das kann ich Ihnen im Umweltausschuss sogar einigermaßen darlegen. Insofern sollten Sie das verstehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So weit, so gut. Ich möchte noch ein paar Worte zum Thema Atomausstieg sagen, weil die Kollegin Emmerich-Kopatsch einiges dazu gesagt hat. Wir haben Ihnen damals im Jahr 2000 sehr deutlich gesagt: Wenn wir in Deutschland aus der Kernenergie aussteigen, dann wird Folgendes passieren: Wir werden bei den erneuerbaren Energien natürlich nach vorne kommen, weil es auch da Technologiesprünge gibt. Aber am Ende des Tages werden wir vor allen Dingen wieder bei der Kohlekraft landen. - Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie uns Rot-Grün damals erzählt hat, das alles sei Quatsch. Spätestens ab dem Jahr 2009 bzw. 2010 sei das mit den erneuerbaren Energien gar kein Problem. Man könne sozusagen

die Lücke, die durch die Kernenergie vorhanden sei, dann durch erneuerbare Energien auffangen. - Die Realität hat Sie eingeholt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch das sollte die Öffentlichkeit an dieser Stelle einmal erfahren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Sehr gut!)

Sie müssen sich eines vor Augen halten - Herr Bäumer hat dies vorhin zu Recht gesagt -: Wenn die ganze Welt mittlerweile sagt „Jawohl, wir setzen auf Kernenergie.“ und auch Länder wie Schweden, die bereits Ausstiegsbeschlüsse haben, sagen „Jawohl, wir brauchen die Kernenergie im Rahmen eines technologieoffenen Energiemixes.“, dann muss sich Rot-Rot-Grün in Deutschland am Ende des Tages einmal fragen, ob es wirklich sein kann, dass sie die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, aber dass der Rest der Welt vollkommen danebenliegt. Ich sage Ihnen: Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte noch etwas zum Thema Stromlücke sagen, weil Herr Wenzel auf die Anhörung im Ausschuss eingegangen ist, bei der das Umweltbundesamt und die Deutsche Energie-Agentur zugegen waren. Dabei hat sich der vermeintliche Widerspruch als lösbar herausgestellt. Die Deutsche Energie-Agentur hat gesagt: Ab dem Jahr 2012 bekommen wir in Deutschland Probleme. Wir müssen dann Strom importieren. - Das Umweltbundesamt hat gesagt, ab dem Jahr 2012 würden nicht die Lichter ausgehen. Richtig ist beides. In Deutschland gehen - das hat der Kollege vom UBA dann bestätigt - natürlich nicht die Lichter aus. Aber wir werden den Strom, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Deutschland teuer importieren müssen. Vor dem Hintergrund der sozialen Gerechtigkeit ist das an dieser Stelle eine ganz interessante Frage, auch für die Kollegen der SPD.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die richtige Strategie ist daher ein technologieoffener Energiemix, in den man alle Energieträger mit einbezieht. Der Emissionshandel ist genau das richtige Instrument dafür, weil es nämlich darauf ankommt, nicht bestimmte Technologien zu verbieten, sondern alles vernünftig zu erlauben, natürlich auch die Kernenergie, und zwar im Rahmen der Sicherheitsbedingungen, die wir in Deutschland haben. Deckeln tun wir das Ganze mit dem Emissionshandel. Ich würde mich darüber freuen, wenn

dieses Instrument endlich auch bei den Grünen Anklang finden würde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, da mir inzwischen zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen vorliegen, muss ich auch Herrn Herzog drannehmen, danach Herrn Meyer. Herr Herzog, Sie haben jetzt das Wort.

(Zuruf von Kurt Herzog [LINKE])

- Sie wären nach der Rednerliste ohnehin an der Reihe gewesen. Ich hätte gesagt, dass Sie dann die Kurzintervention nicht zu machen bräuchten. Das war der Grund.

Kurt Herzog (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich werde in der Tat gleich noch sprechen. Das, was Herr Dürr hier eben vorgetragen hat, reizt mich natürlich zu einer Kurzintervention.

Herr Dürr, selbstverständlich reden wir beide im Umweltausschuss auch über Wirkungsgrade. Nun wollen wir uns doch einmal die Wirkungsgrade der alten Kraftwerke angucken. Sie haben einen Wirkungsgrad von ungefähr 39 %. Die neuen Kohlekraftwerke, die jetzt dazukommen, haben einen Wirkungsgrad von ungefähr 46 %. Sie wollen mir jetzt erzählen, dass mit dieser neuen Generation sozusagen die Technologierevolution per se stattfindet - das ist, mit Verlaub, purer Unsinn.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Sie haben die Formulierung benutzt: Die ganze Welt setzt auf Atomenergie.

(Christian Dürr [FDP]: Nein, ich habe Kernenergie und nicht Atomenergie gesagt!)

- Das ist in meinen Augen das Gleiche. Darauf können wir uns, glaube ich, einigen.

(Christian Dürr [FDP]: Nein, das können wir nicht!)

- Das können wir nicht? Gut.

Sie wissen, wie viel Prozent des Primärenergieverbrauchs weltweit durch Atomenergie abgedeckt werden. Es sind 4 %. Dieser Anteil wird durch ungefähr 440 Atomkraftwerke abgedeckt. Wenn Sie

sagen, die ganze Welt setze auf Atomenergie, dann sagen Sie mir doch einmal, welche Länder wie viele Atomkraftwerke neu planen bzw. zusätzlich bauen.

(Zurufe von der CDU: Italien! Schweden!)

- Hören Sie doch erst einmal zu! - Selbst wenn Sie auf zehn zusätzliche Atomkraftwerke kämen, würden Sie es nicht schaffen, von diesem Anteil von 4 % auf einen Anteil von 10 % am Primärenergieverbrauch zu kommen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie werden im Rahmen der Kurzintervention Ihre Ausführungen leider nicht fortsetzen können, weil die 90 Sekunden um sind. Sie müssen Ihre Ausführungen in Ihrem Redebeitrag fortsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Meyer, jetzt haben Sie das Wort.

Rolf Meyer (SPD):

Auch ich möchte das, was gerade zur Kernenergie gesagt wurde, zurechtrücken. Herr Dürr, die meisten Staaten der Erde haben keine Kernkraftwerke. Es sind nur einige.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Insofern ist Ihre Aufzählung schlichtweg falsch. Ich habe ohnehin nicht verstanden, Herr Bäumer, warum Sie vorhin so aufgeregt waren und alles in so lautem Ton dargestellt haben. Die Körpersprache verrät einiges. Sie hätten hier ganz locker vortragen können. Sie haben sich aber an der völlig falschen Stelle fürchterlich aufgeregt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Broschüre, die die Regierung herausgegeben hat und in der die Atomenergie auch wieder angepriesen wird, ist so schlecht wie das, was im letzten Jahr schon vorgelegt worden ist. Sie hilft uns hier überhaupt nicht weiter. Eigentlich geht es hier doch um Kohle. Das war das Thema. Insofern habe ich auch nicht verstanden, warum Herr Dürr das Ablenkungsmanöver mit der Atomenergie oder der Kernenergie - je nachdem, wie er es lieber hören möchte - vorgenommen hat. Das ist gar nicht nötig. Wir brauchen - darauf kommt es doch im Kern an - einige wenige neue Kohlekraftwerke. Sie werden nicht nur an der Nordseeküste, sondern überall in der Bundesrepublik gebraucht, und

zwar jeweils dort, wo alte Kraftwerke durch neue Kraftwerke ersetzt werden können. Dann werden wir die notwendigen Energien bereitstellen können, und zwar auch bezahlbar. Das ist wichtig. Sie müssten sich auch einmal fragen, wer denn tatsächlich für die Entsorgungskosten der Asse aufkommt, die sich auf über 2 Milliarden Euro belaufen. Das sind die Steuerzahler!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Rechnen Sie das in die Kosten ein, dann ist es mit der billigen Atomenergie vorbei.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ich gehe davon aus, dass Herr Dürr antworten will. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir von dem Kollegen Oetjen gerade noch einmal die Karte geben lassen, auf der dargestellt ist, wie es mit den Kernkraftwerken in Europa tatsächlich aussieht. Die Überschrift heißt: „Umzingelt - geplante und bestehende Kernkraftwerke in Europa“.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Das ist aber nicht die Weltkarte!)

Ich möchte das einmal kurz vorlesen. Beim Thema Gas war vorhin von Russland die Rede. Russland: 31 Reaktorblöcke, 8 im Bau, 20 geplant. Auch von Polen war die Rede: Dort wird eins geplant. In England werden zwei geplant. In Frankreich ist eins im Bau. In Finnland ist eins im Bau und wird ein weiteres geplant. Bulgarien: zwei Reaktorblöcke geplant und zwei im Bau. Türkei: drei geplant. Albanien: zwei geplant. Italien: fünf geplant. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem wird nicht sein, dass hier das Licht ausgeht. Das Ergebnis wird sein, dass wir aufgrund Ihrer Politik den Strom, der nicht immer aus sicheren Kernkraftwerken kommt, teuer werden einkaufen müssen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Es liegen noch zwei Wortmeldungen zu diesem Punkt vor, und zwar von Herrn Herzog und von Herrn Minister Sander. Bitte, Herr Herzog!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Sander, Herr Minister Rösler - er hat den Saal gerade verlassen -, auch Sie werden die Meldung gelesen haben, die kürzlich durch die Medien ging: Der CO₂-Ausstoß hat sich nach 2000 im Vergleich zu den 90er-Jahren verdreifacht. Die größten CO₂-Senken der Erde drohen zu gewaltigen CO₂-Quellen zu werden. Die Erwärmung wird die Treibhausgase der Dauerfrostböden freigeben. Tropenwälder verlieren ihre CO₂-Speicherfähigkeit. Mitkoppelung nennt man das in der Regelungstechnik. Der Effekt verstärkt sich nämlich selbst.

Die Politik von CDU und FDP zielt darauf ab, zu den bestehenden sieben Kohlekraftwerken in Niedersachsen mit zusammen 3 400 MW Leistung und Laufzeiten, wie schon gesagt, bis 2025 und 2030 noch sieben weitere Kohlekraftwerke mit fast 6 000 MW Leistung hinzuzubauen. Sie bauen damit nicht nur gewaltige Überkapazitäten auf, sondern Sie machen Niedersachsen auch zum CO₂-Land Nummer eins. Insofern kann nicht davon die Rede sein, dass Sie alte Kraftwerke nur ersetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Vertuschung retten Sie sich in die Offshorewindtechnik unter völliger Missachtung der Tatsache, dass Ihre Kohlelieblinge und die Offshoretechnik sich Konkurrenz machen und letztlich ausschließen. Eine entsprechende Studie über die Kohlekraftwerksblöcke Brunsbüttel, die geplant sind, weist nach, dass deren Jahresbetriebsstundenzahl um 30 bis 40 % einbricht, weil der Windstrom Vorrang hat. Das war es dann mit dem Märchen von billigen Grundlastkraftwerken und hohem Wirkungsgrad. Die erwähnte Problematik wird durch das Hoch- und Herunterfahren dieser Kohledreckmonster noch verstärkt.

Ihre viel gepriesene CO₂-Abscheidetechnik ist das nächste Hirngespinnst: unausgereift, gefährlich wegen möglicher Leckagen, wie bei Atom ein Flug ohne Landebahn.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie brauchen - das ist vielleicht das Wichtigste dabei; Herr Dürr, passen Sie auf, weil Sie vom Wirkungsgrad gesprochen haben - für zwei Kohlekraftwerke wie in Stade ein drittes in gleicher Größe, allein um die Energie für die Abscheidetechnik aufzubringen. Mit einem geplanten norddeutschen Verbundnetz soll das CO₂ von den Kraftwerken in

sogenannte Senken eingespeist und verpresst werden. Das sind in der Regel ausgeschöpfte Erdgaslager. Auch hier gibt es wieder eine Verdrängungskonkurrenz gegenüber den erneuerbaren Energien. Letztere könnten diese Lager nämlich als Druckluftspeicher brauchen.

Darüber hinaus haben sich die Energiemonopolisten die Offshorerechte gesichert. Warum wohl? - Sie wissen natürlich, dass es Konkurrenz gibt. Sie wollen sozusagen den Fuß in beiden Türen haben.

Dass die Versorgung mit erneuerbaren Energien funktioniert, Frau Emmerich-Kopatsch, beweist das Kombikraftwerkprojekt der Uni Kassel. Unter Realbedingungen werden dort Wind, Biogas und Fotovoltaik zusammengeschaltet und die Nachfragebelastung einer Stadt von der Größe Stades sekundengenau bedient. Fazit der Uniprojektierer: Ohne Atomkraft und ohne zusätzliche Kohlegroßkraftwerke stellt der Energiemix aus erneuerbaren Energien flexibel die Versorgung in Zukunft sicher.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere Studie stammt von Ihrem Parteikollegen Hermann Scheer. Er hat für das zu 60 % mit Atomstrom versorgte Bundesland Hessen eine Studie erstellt. Er kommt zu exakt dem gleichen Ergebnis: Abgeschaltete Atomkraftwerke werden durch dezentrale, flexible Module ersetzt, die angepasst an die örtlichen Gegebenheiten verschiedene erneuerbare Energien zusammenschalten. Das Fazit ist: Die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung macht neue Kohlekraftwerke überflüssig. Das ist das Fazit Ihres Parteikollegen.

Meine Damen und Herren, die Preise für Strom aus Atom und Kohle steigen stetig, die Konzerngewinne auch. Zwischen 2002 und 2007 verdoppelte sich der Strompreis, der Gewinn der Konzerne vervierfachte sich, und zwar trotz Stillstands der AKWs Krümmel und Brunsbüttel.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Frau Emmerich-Kopatsch, Importkohle aus Australien verteuerte sich in den letzten zwei Jahren um 40 %.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Jetzt hat sich der Preis aber halbiert!)

Dazu kommen noch die nie einbezogenen Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden, wenn Feinstaub und giftige Schwermetalle tonnenweise auf Umwelt und Bewohner rieseln. Das BMU bescheinigt hingegen den erneuerbaren Energien einen deutlich dämpfenden Einfluss auf die Strompreise.

Es wird davon ausgegangen, dass Solarstrom bei einem Kostenvergleich im Jahre 2012 mit Strom aus Atom und Kohle gleichzieht.

Meine Damen und Herren des atomfossilen rechten Lagers, Sie haben im Januar in Ihrem Antrag zur Regierungskommission Klimaschutz ausgeführt, dass Sie eine ganzheitliche Betrachtungsweise wollen. Konkret forderten Sie; Stromprodukte nach Ressourcenbelastung und Treibhauspotenzial zu vergleichen. Das ist vorbildlich auf dem Papier. Können opportunistischer Anspruch und die Wirklichkeit aber weiter auseinanderdriften als in Ihrer Regierungspraxis? Statt endlich den gesetzgeberischen Spielraum der Länder im Wärmebereich zu nutzen, statt klarer Vorgaben zu Wirkungsgraduntergrenzen im Kraftwerksbau, statt dezentraler, flexibler, wertschöpfender Erzeugungseinheiten aus geschickt kombinierten erneuerbaren Energien hat diese Regierung nur Kohle im Kopf. Ihre Kohlelobbypolitik ist das Gegenteil Ihrer eigenen Vorgaben. Sie ist nicht generationengerecht; denn die Umwelt- und Gesundheitsschäden sind die Schulden von morgen. Sie ist unwirtschaftlich und nicht bezahlbar, extrem anfällig für steigende Brennstoffpreise und steigende CO₂-Kosten.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum letzten Punkt. - Ressourcenbilanz und Wirkungsgrade sind schlecht. Das Treibhauspotenzial ist katastrophal hoch. Großkraftwerke sind unsicherer für die Versorgung als eine angepasste dezentrale Strategie, und zwar sowohl technisch als auch sozial.

Letzter Satz: Herr Sander, Sie haben das halbe Jahr seit Einbringung unseres Antrags leider nicht für die Fortbildung genutzt. Leider, meine Damen und Herren, wurde es versäumt, in das Konjunkturpaket II eines aufzunehmen, nämlich eine Abwrackprämie für Regierungen wie diese, die mehr als sechs Jahre im Amt sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Sander das Wort. Herr Minister, Sie müssen gucken, dass Sie in 3:30 Minuten durchkommen.

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wenzel, das ist wieder einer Ihrer bekannten Anträge. Ihre Anträge sind ja immer in bestimmte Schubladen zu stecken: einer zu Atom, einer zur Kohle und einer zum Klimaschutz. Jetzt machen Sie wieder etwas ganz Tolles. Ich möchte Ihnen empfehlen, diesen Antrag einmal bei Ihrem nächsten Bundesparteitag zu stellen und dann abzuwarten, wie sich Ihre Kollegen aus Hamburg dazu verhalten.

(Beifall bei der FDP)

Eines stimmt mich schon nachdenklich: Sie erheben ja immer den Anspruch, eine Rechtsstaatspartei zu sein. In einem Rechtsstaat, wie Deutschland einer ist, gibt es jedoch naturschutzrechtliche, immissionsschutzrechtliche und wasserrechtliche Genehmigungsverfahren. Wenn ein Unternehmen diese Genehmigungsverfahren durchlaufen hat, dann hat es einen Rechtsanspruch auf Genehmigung.

(Beifall bei der FDP)

Eigenartigerweise hat das Ihre grüne Umweltsenatorin in Hamburg, die den Regierenden Bürgermeister von Beust noch vor den Wahlen mit den schlimmsten Plakaten beschimpft hat, während der Koalitionsverhandlungen sehr schnell kapiert. Von daher glaube ich, dass wir das auch für Niedersachsen anders sehen müssen. Ich gebe zu: Wir müssen insbesondere mit den Menschen an der Küste, die jetzt von den neuen Kraftwerken betroffen sind, Gespräche führen.

Frau Emmerich-Kopatsch, wir und Vertreter von CDU und FDP haben gestern mit Vertretern der Bürgerinitiativen in Stade gesprochen. Dort sind die Sorgen sehr groß.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wir auch!)

- Ja, Sie auch. Von Ihnen waren die aber mehr als enttäuscht, wie sie uns berichtet haben, weil nichts dabei herausgekommen ist. Wir haben vor Ort vereinbart, dass wir uns der Sorgen dieser Menschen annehmen. Sie müssen aber auch wissen, dass man unter Umständen auch mit der Industrie darüber sprechen muss, dass nicht nur der Emissionshandel zu beachten ist, sondern dass auch die Küstenregion als Ganzes zu sehen ist und Kraftwerke in diesen Bereichen entsprechend zu ermöglichen sind. Es ist wichtig, dass der Staat als

Energiestandort die Rahmenbedingungen dafür schafft. Das werden wir tun. Diesen sehr offenen

Dialog mit den Unternehmen und den Kraftwerksbetreibern werden wir in Zukunft führen.

Herr Kollege Wenzel, Klimaschutz mit irgendwelchen fantastischen Ideen bringt uns nicht weiter. Deshalb werden wir hier im Lande Niedersachsen einen lebenswirklichen Klimaschutz realisieren. Neben unseren Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien, der Offshore-Technik und der Biomasseverwertung bieten diese neuen Kraftwerke eine Chance; denn jedes neue Kraftwerk, das einen höheren Wirkungsgrad hat und dazu führt, dass ein anderes Kraftwerk in Europa abgeschaltet wird, ist besser, als die alten Schleudern weiter zu betreiben. In diesem Sinne sollten Sie sich an die Spitze der Bewegung setzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Adler, das war ja nun wieder einer aus der sozialistischen Mottenkiste! Seit Herr Putin dran ist - das alles sind ja gewandelte Menschen, die die richtige Schulung hinter sich gebracht haben -, werden das auf einmal alles marktwirtschaftlich denkende Leute, die Deutschland - wahrscheinlich aber nur die Linke - besonders gut bedienen werden. Das haben Sie uns hier klarzumachen versucht. Herr Wenzel hat das in seinen Ausführungen eben allerdings nicht getan. Sonst hat er ja auch immer gern auf Gas gesetzt. Er hat jetzt aber offensichtlich etwas dazugelernt; denn auch in Hamburg gibt es kein Gaskraftwerk, was Sie ja immer propagiert haben. Insofern sollten Sie öfter einmal nach Hamburg gucken. Dann können Sie vielleicht auch dort etwas lernen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister Sander, herzlichen Dank. - Jetzt hat sich noch einmal Herr Wenzel zu Wort gemeldet. Er hat noch eine Minute.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Sander, der Chefpolemiker, hat wieder gesprochen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Inhaltlich habe ich nichts dazugelernt.

Ich möchte noch einen Punkt kurz ansprechen. Der Kernsatz unseres Antrags besagt: Wenn wir neue Kraftwerke genehmigen, dann müssen die

einen Gesamtwirkungsgrad von mindestens 80 % haben. Technisch ist das heute machbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In meinem Nachbarbereich habe ich eine Anlage, die 90 % Wirkungsgrad hat. Der Antrag enthält eine Forderung. Herr Sander, ich prophezeie Ihnen: Es wird maximal drei Jahre dauern, dann werden wir diese Forderung durchsetzen, egal, ob hier im Land, auf Bundesebene oder auf europäischer Ebene. Frau Emmerich-Kopatsch sagt, das sei zu radikal. Ich sage Ihnen: Alles, was wir hier im Moment machen, ist viel zu lasch. Die Wirklichkeit wird uns überholen, wenn wir nicht endlich anfangen, etwas zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/54 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Beschlussempfehlung ist mit großer Mehrheit gefolgt worden.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Einzig (abschließende) Beratung:

Niedersachsens Milchbauern stärken - Faire Milchpreise durch Mengengrenzung erreichen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/704 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/877

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Meyer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Meyer!

Christian Meyer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Situation der Milchbauern ist existenzbedrohend. Die Milchpreise sind deutlich zu niedrig. Es gibt keinen fairen Preis, sondern Dumping von Supermarktketten und Molkereien. Bis hierhin haben wir